

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 24.11.2014
4. Verwaltung 2020: Information über Anpassungsprozesse in der Verwaltung
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 5.1. Wahl zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Oberbürgermeister
 - 5.2. 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Oberbürgermeister, Amt 10
 - 5.3. Kreditaufnahme in Höhe von 5.501.800 EUR für den Investitionshaushalt
Dez. I, Amt 20
 - 5.4. Bebauungsplan Nr. 110 - Südlich Chamissostraße -, Satzungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
 - 5.5. Strategiepapier zum ISEK 2015 – Grundlagen und Leitprojekte
Dez. II, Amt 60
 - 5.6. Hafengebührensatzung 2014/2015/2016 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
2. Lesung
Dez. II, Amt 66
 - 5.7. 3. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (Beschluss.-Nr. B463-31/08)
Dez. III, Amt 32
 - 5.8. Alternativmodell zur Zukunft der Theater Vorpommern GmbH
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 5.9. Finanzierung und Organisation des Theater- und Orchesterspielbetriebs
Herr Dr. Ulrich Rose
 - 5.10. Prüfauftrag – Verlagerung der Bushaltestelle Wieck-Brücke
CDU-Fraktion
 - 5.11. Aktionsplan für Greifswald
SPD-Fraktion
 - 5.12. Prüfauftrag: Zukünftige Nutzung der Behelfsbrücke Wieck
Vorsitzender der OTV Wieck/Ladebow
6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
8. Mitteilungen der Präsidentin
9. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister

- . eröffnet die 4. Sitzung des Hauptausschusses am 02.02.2015 und begrüßt die Anwesenden.
- . bittet Frau Sommer, die Leiterin der Friedhöfe und des Krematoriums sich vorzustellen.

Herr Multhauf fragt

- . wann der Entwurf der Friedhofssatzung vorgestellt werde.
- . nach dem Schaukasten auf dem Friedhofsgelände.

Frau Sommer antwortet, dass

- . der Plan bereits ausgehängt, jedoch noch nicht wetterfest sei.
- . die Satzung auf den Weg gebracht sei und zur Zeit geprüft werde.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister ordnet die Tischvorlagen wie folgt ein:

- Tischvorlage „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 06/227
3. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung Markt“ unter TOP 5.7.1
- Tischvorlage „Mietzinsfreie Überlassung von Büroräumen an den KSB“ unter TOP 5.13

Herr Dr. Kerath zieht die Beschlussvorlage „Aktionsplan für Greifswald“, TOP 5.11, zurück. Sie wird in den nächsten Zyklus wieder eingebracht.

Der Oberbürgermeister lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 24.11.2014

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Der Oberbürgermeister lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	1	2

TOP 4. Verwaltung 2020: Information über Anpassungsprozesse in der Verwaltung

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt nach Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder

- . geht auf die zwei großen Veränderungen, die Kreisgebietsreform und die Entstehung des Eigenbetriebes der Kindertagesstätten, ein. Auffällig sei für ihn,

dass es im Haupt- und Personalamt kaum Reduzierungen gebe. Bei der Kreisgebietsreform seien es 2,5 % und im Zuge der Kindertagesstättenausgliederung seien es 4 %.

Frau Demuth erklärt, dass

- . bereits eine Stelle im Zuge der Kreisgebietsreform 2010 gestrichen worden sei, dazu komme nun eine weitere Viertelstelle.
- . bei den Kitas eine Stelle ausgegliedert werde. Sie verweist auf die Unterlagen (Folie 6).
- . auch weitere Aufgaben hinzugekommen seien.

TOP 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 5.1. Wahl zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters

06/248 **Herr Dr. König** ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Multhauf

- . zitiert die Beschlussvorlage: "hervorzuheben ist die von Herrn Wille erarbeitete Kommentierung".
- . hinterfragt die Verbindlichkeit dieser Kommentierung.
- . fragt, ob nachgewiesen werde, wofür die Entschädigung ausgegeben werde.

Herr Dr. König

- . erwidert, dass dies nicht nachgewiesen werden müsse.

Herr Multhauf

- . stellt fest, dass in Bezug auf die Entschädigungsverordnung die maximale Entschädigung vorgesehen sei. Bei den Mitgliedern der Bürgerschaft jedoch werde nicht einmal die Hälfte vorgesehen.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Beschlussvorlage wird einstimmig auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.2. 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/249

Herr Dr. König ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Dr. Fassbinder fragt, ob

- . man die Hauptsatzung nicht dahin gehend verändern könne, dass es bei einer möglichen Änderung in der Verwaltungsspitze durch die Entschädigungen nicht erneut zu einer Hauptsatzungsänderung kommen müsse.
- Die derzeitige Situation könne sich ändern.
- . es nicht möglich wäre, eine allgemeine Regelung für mehrere Situationen zu finden.

Herr Liskow erklärt, u.a. dass
. die Satzung allgemeingültig sei.

Frau Demuth ergänzt,
. dass sich die Aufwandsentschädigung der Beigeordneten nach der Kommunalbesoldungsordnung richte. Für Stellvertreter, die keine Beigeordneten seien, richte sich die Aufwandsentschädigung nach der Entschädigungsverordnung.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Beschlussvorlage wird mehrheitlich auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.3. Kreditaufnahme in Höhe von 5.501.800 EUR für den Investitionshaushalt

06/243

Der Oberbürgermeister ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Wille

. korrigiert die Beschlussvorlage. Am 18.12.2014 sei eine Änderung der Krediterlaubnis eingegangen. Diese Änderung habe sich auf die Summe des Investitionskredites ausgewirkt.

Mit der Haushaltssatzung 2014 sei einerseits das Kreditvolumen der neuen Maßnahmen in 2014, aber andererseits auch Kreditvolumen aus Maßnahmen aus 2012 veranschlagt worden, bei denen die Kreditgenehmigung erloschen gewesen sei.

Das Innenministerium habe die Summe für 2014 komplett genehmigt und die andere Genehmigung sei in Aussicht gestellt worden. Allerdings habe man dort erst den konkreten Bedarf nachweisen müssen. Ende 2014 sei dies erledigt und die Kreditgenehmigung erweitert worden.

Herr Liskow

. fragt, ob dadurch 2012 die Gelder nicht vollständig ausgenutzt worden seien.

Herr Wille

. erwidert, dass diese nicht aufgenommen worden seien.

Herr Multhauf

. merkt an, dass es nun über zwei Millionen Euro mehr seien, als geplant.

. fragt, welche konkreten Auswirkungen dadurch entstehen würden.

Herr Wille

. erklärt, dass es sich auf die Auszahlungsermächtigung aus 2012 beziehe, die bisher noch nicht in Anspruch genommen worden sei. Dazu seien die Genehmigung des Innenministeriums, sowie der Beschluss der Bürgerschaft notwendig, da es sich um mehr als eine Million Euro handle.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Beschlussvorlage wird mehrheitlich auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.4. Bebauungsplan Nr. 110 - Südlich Chamissostraße -, Satzungsbeschluss

06/224 **Der Oberbürgermeister** ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Frau Socher

. fragt, warum es einheitliche Standards, wie beispielsweise die Farbe der Dächer, gibt.

Herr Kaiser

. erklärt, dass es hierbei um Vereinheitlichung gehe. In diesem Fall sei es wichtig gewesen, Freiheiten bei den Fürstrichtungen zu zulassen.

Herr Multhauf

. fragt im Namen eines Bürgers nach dem eventuellen Neubau einer Schule in diesem Gebiet. In der Anlage auf Seite 13 stehe, dass über einen eventuellen Neubau einer Schule in der Fettenvorstadt nachzudenken sei und im Rahmenplan Fettenvorstadt habe 2012 gestanden, dass ein Schulstandort vorgeschlagen gewesen sei.

. möchte wissen, ob man nach der Fertigstellung der Käthe-Kollwitz-Grundschule nicht mehr umsteigen müsse.

Herr Kaiser

. sagt, dass im B-Plan keine Schule vorgesehen sei. In der Entwicklung, die die Fettenvorstadt nun genommen habe, könne man wieder darüber nachdenken.

Herr Hochheim

. geht davon aus, dass die Schüler dann weniger auf den Bus angewiesen seien. Dieser Umstand sei nur entstanden, weil zur Zeit alle Schüler zur Montessori-Schule fahren müssten.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Beschlussvorlage wird einstimmig auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.5. Strategiepapier zum ISEK 2015 – Grundlagen und Leitprojekte

06/226 **Der Oberbürgermeister** ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Multhauf

. erklärt, dass der Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft dieser Vorlage nicht einstimmig zugestimmt habe, sondern nur der Problematik Erwin-Fischer-Schule.

. fragt, warum die Ortsteilvertretungen übergangen worden seien.

. möchte wissen, wo die Angelegenheit im Haushalt zu finden sei und wie der Hansering nachher konkret aussehen solle.

. bezweifelt, dass die vorgesehene Summe von 3,5 Millionen dafür reiche.

. stellt fest, dass in der Bürgerschaft eine Planung über 12 vordringliche Projekte aufgestellt worden, worunter der Hansering nicht gewesen sei.

Herr Hochheim erklärt,

. dass die Liste, die Herr Multhauf erwähnt habe, ausschließlich Hochbaumaßnahmen betreffe. Es sei angeregt worden, sich auch mit Erschließungsmaßnahmen zu befassen, aber dies sei verworfen worden, da die damals gebildete Arbeitsgruppe der Bürgerschaft sich ausschließlich den Hochbaumaßnahmen widmen wollte.

. warum der Hansering mit aufgenommen worden sei. Es gebe bestimmte Ziele, die für die folgende EFRE-Förderperiode gelten sollen. Drei davon würden in die Maßnahmen passen, wozu das Theater und die Fischer-Schule gehören. Zum Hansering habe es für die Umsetzung eine lange Planung gegeben. Er meint, dass man versucht habe, möglichst viele Gelder für die Stadt herauszuholen, da die Fördermittel nicht unbegrenzt vorhanden seien.

Herr Kaiser sagt, dass

. die Grundvoraussetzung für die EFRE-Fördermittel ein aktualisiertes ISEK für Mecklenburg-Vorpommern sei. Um die Diskrepanz im Land auszugleichen, habe das Ministerium vorgeschlagen, ein Strategiepapier in den Kommunen zu entwickeln. Dieses sei eine stadtübergreifende Vorbereitung für die Fortschreibung des ISEK und daher nicht in die Ortsteilvertretungen einzeln einzubringen.

. es für die Bürgerschaft noch eine Ergänzung geben werde. Der Anbau der Caspar-David-Friedrich-Schule und die Turnhalle würden als Begleitprojekt zum Thema Fischer-Schule mitaufgenommen werden. Ob es dort zu einer Förderung komme, bleibe dahin gestellt.

. es keine Planung gebe, daher seien Planungsmittel eingestellt. Der Hansering solle insofern verändert werden, dass die jetzigen beiden Fahrspuren geteilt werden. Die nördliche Fahrspur bleibe dort, wo sie ist und die jetzige südliche Fahrspur werde nach Süden verlegt. Eine Mittelinsel solle beide in der Länge des Hanseringes voneinander trennen.

Herr Multhauf

. bittet, um eine mögliche Darstellung in der Bürgerschaft.

. fragt, warum das neue ISEK erst 2016 komme, obwohl beschlossen worden sei, dass es 2015 schon existieren solle.

Frau Socher

. möchte wissen, wie sicher es sei, dass es einen Zuschlag geben werde.

Herr Hochheim

. teilt mit, dass es beim Projekt Fischer-Schule gut aussehe und beim Hansering Signale gegeben habe, dass es ein interessantes Projekt sei. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass, wenn alle drei Projekte über EFRE finanziert werden würden, Greifswald einen Großteil dessen in Anspruch nehmen würde, was überhaupt zur Verfügung stehe.

Herr Kaiser

. ergänzt, dass, wenn die Förderung für die Erwin-Fischer-Schule komme, auch der Hansering gefördert werden würde. Es würden jedoch nur zwei Projekte finanziert werden, egal wie viele beantragt worden seien. Eventuell könne es eine zweite oder dritte Runde geben.

Herr Dr. Kasbohm

. wünscht, dass ähnliche Einrahmungspunkte wie bei der Erwin-Fischer-Schule gefunden werden würden.

. sagt, dass der Hauptkritikpunkt beim Hansering in der Umsetzung bestehe.

. gibt zu bedenken, dass bewegter und stiller Verkehr noch einmal diskutiert

werden sollten.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Beschlussvorlage wird einstimmig auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.6. Hafengebührensatzung 2014/2015/2016 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/128.1 **2. Lesung**

Der Oberbürgermeister ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Hochheim

. erklärt, dass man an der Beschlussvorlage, über die im Dezember ein ablehnender Beschluss gefasst wurde, festhalten wolle. Allerdings wolle man darauf achten, dass möglicherweise die den Gastliegern zur Verfügung gestellten, jedoch ungenutzten Flächen, um den Bedarf, den die Dauerlieger haben, erweitert werden können.

Wenn das Sperrwerk 2016 fertiggestellt sei, solle die Kalkulation neu betrachtet werden, um zu sehen, wie sich das Gastliegerverhalten entwickelt habe.

In der letzten Woche habe es ein Gespräch mit Herrn Ott von der Hafен- und Lagergesellschaft Greifswald mbH (HLG) gegeben.

In Abstimmung mit Herrn Ott wäre der Vorschlag, die 0,60 Euro zu veranschlagen, die in der alten Satzung schon vorhanden waren, um in 2016 im Zuge der Neukalkulation zu sehen, ob und was man machen könne. Was die Kostendeckungsgrade betreffe, habe Herr Ott deutlich gemacht, dass die gestiegenen Umschlagszahlen dann kommen werden, wenn die geplante Lagerhalle gebaut worden sei.

Herr Dr. Kasbohm

. sagt, dass es keinen Sinn mache, später zwischen Seglern und dem Seehafen Ladebow zu teilen. Außerdem sollte man 2016 darüber nachdenken, ein Splitting der Kosten des Seehafen Ladebows zu erstellen, damit man sehen könne, wer was zu zahlen habe.

Herr Hochheim

. teilt mit, dass er sich nicht so sicher sei, ob eine Abtrennung hilfreich wäre. Die Satzung regle beide Fälle und es beständen zwei unterschiedliche Kalkulationskreisläufe. Daher wäre es nicht erforderlich die Satzung in zwei zu untergliedern.

Über das Splitting der Kosten sei bereits nachgedacht worden. Die Frage sei nur, wie das geprüft werden könne. Dies sei unter den Bedingungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) schwierig. Die anderen Häfen, auf die Herr Ott Bezug nehme, sind häufig privatrechtlich organisiert und seien nicht an das KAG gebunden.

Herr Multhauf fragt,

. ob es richtig sei, dass bei der Erstellung der Satzung mit den betroffenen Leuten nicht gesprochen worden sei.

Herr Hochheim

. informiert, dass man im Gespräch mit Herrn Ott schon gesagt hätte, dass man

sich hätte vorstellen können, schon vorher mit ihm zu reden. Die Diskrepanzen zwischen ihnen seien weitgehend ausgeräumt. Bei der HLG sei eine Nutzungsvereinbarung für den Hafen geschlossen worden und man sei sich mit Herrn Ott handelseinig. Bei künftigen Satzungsänderungen solle im Vorab mit Herrn Ott kommuniziert werden.

Herr Dr. König lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Beschlussvorlage wird einstimmig auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.7. 3. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (Beschluss.-Nr. B463-31/08)
06/227

Der Oberbürgermeister ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Multhauf erklärt, dass er diese drastische Erhöhung nicht verstehen könne.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Beschlussvorlage wird mehrheitlich auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

**TOP 5.7.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 06/227
3. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung Markt**
06/251.1

Änderungsanträge werden in der Sitzung der Bürgerschaft behandelt.

Der Änderungsantrag wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.8. Alternativmodell zur Zukunft der Theater Vorpommern GmbH

06/164.1 **Der Oberbürgermeister** ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Der Oberbürgermeister

. bittet für solche Beschlussvorlagen, diese auch den anderen Trägern zukommen zu lassen.

. erklärt, dass ihm heute ein Schreiben vom Bildungsministerium zugegangen sei. Es betreffe die Terminsetzung. Außerdem weise das Bildungsministerium ausdrücklich darauf hin, dass bei Alternativmodellen, die Finanzierung des Landes auf ein Minimum zurückgefahren werde.

Nach Rücksprache mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Theaters kann der Oberbürgermeister den Beschluss des Aufsichtsrates in groben Zügen mitteilen.

Der Aufsichtsrat des Theater Vorpommerns habe folgenden Beschluss gefasst:
„In Kenntnis des Eckwerte – Papiers sollen Verhandlungen mit der TOG in

Neubrandenburg und mit dem Land aufgenommen werden.“

Man sei dabei auf der Ebene der Gesellschafter einen Abstimmungsprozess herbeizuführen, zwischen den Gesellschaftern Hansestadt Stralsund, Landkreis Vorpommern-Rügen und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

. betont, dass wenn Greifswald einen anderen Beschluss fasse und man wäre die einzige Stadt, dass dann das Kultusministerium die „Ankündigung“ wahr machen und die 10 % einbehalten würde.

Herr Dr. Fassbinder

. kündigt an, dass die Beschlussvorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch in den Gremien in Stralsund und im Landkreis beraten werde. Ebenso sei sie mit den Vertretern seiner Partei in Neustrelitz und Neubrandenburg abgestimmt.

Frau Socher

. berichtet, dass das Theater in Neubrandenburg/Neustrelitz (TOG) ein eigenes Solidarmodell errechnet habe. Herr Kümritz, Intendant der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz, habe erklärt, dass er dies für durchaus finanzierbar halte.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass man in den Gebietskörperschaften jetzt nicht über die Fusion entscheide, sondern ob Verhandlungen aufgenommen werden sollen. Der Ausgang sei offen.

Herr Multhauf

. sagt, dass wenn man in diese Diskussion eintrete, die Pfeiler schon gesetzt seien.

. bittet um das Schreiben von Schwerin und das Aufsichtsratspapier.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass Aufsichtsratsunterlagen vertraulich seien und er die Genehmigung des Aufsichtsratsvorsitzenden nur für seine heutige Mitteilung im Hauptausschuss eingeholt habe. Ob der Beschluss des Aufsichtsrates als Anlage unserer Beschlussfassung angefügt werden dürfe, müsse erst abgesprochen und geprüft werden.

Herr Rodatos

. erklärt, dass der Oberbürgermeister bei dem Treffen mit den Intendanten einen möglichen Verhandlungsverlauf skizziert habe.

. fragt, ob dieser schon mit dem Land abgestimmt sei.

Herr Dr. König

. erklärt, dass dieser auf seinen persönlichen Feststellungen beruhe.

. sagt zu einem möglichen Zeitrahmen:

- April 2015: Beschlussfassung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- Bildung von drei Arbeitsgruppen: rechtliche, finanzielle und künstlerische Aufgaben
- nach Sommerpause 2015: Beginn der Arbeit in den Arbeitsgruppen
- I. Quartal 2016: Ergebnisse

Herr Dr. Meyer

. informiert darüber, dass der Aufsichtsratsvorsitzende heute an die Aufsichtsratsmitglieder neue Berechnungen von Herrn Löschner, Intendant des Theaters Vorpommern, zum Solidarmodell geschickt und darum gebeten habe,

diese auch in die Diskussion der bürgerschaftlichen Gremien mit einfließen zu lassen.

. fragt die CDU-Fraktion, ob sie eine eigene Vorlage einbringe.

Herr Dr. Steffens

. verneint dies. Man überlege, ob man sich einer dieser Beschlussvorlagen anschließe.

. hält es jedoch für schwierig, es erst im April zu beschließen.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.9. Finanzierung und Organisation des Theater- und Orchesterspielbetriebs

06/215.1 Dieser TOP wurde zusammen mit TOP 5.8 behandelt.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.10. Prüfauftrag – Verlagerung der Bushaltestelle Wieck-Brücke

06/196 **Der Oberbürgermeister** ruft die Beschlussvorlage auf.
Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.11. Aktionsplan für Greifswald

06/247 Die Beschlussvorlage wird zurückgezogen. (siehe TOP 2)

TOP 5.12. Prüfauftrag: Zukünftige Nutzung der Behelfsbrücke Wieck

06/204 Der Oberbürgermeister ruft die Beschlussvorlage auf.
Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 5.13 Mietzinsfreie Überlassung von Büroräumen an den KSB

06/253 **Der Oberbürgermeister** ruft die Tischvorlage auf.

Diskussion:

Herr Mundt

. erklärt, dass die Sportführung doch für die Vereine der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei. Dies sei jedoch eine überregionale Organisation, die für den ganzen Kreis zuständig sei.

. fragt, ob dies in die Sportförderrichtlinien passe, ob die Summe nun aufgestockt werde oder dies von der Summe abgezogen werde und die anderen Vereine

weniger bekämen.

Herr Kremer

. teilt mit, dass die Räume angemietet worden seien und diese Miete auch nicht von den Förderrichtlinien erstattet werde. Es gebe einen dritten Raum, der unentgeltlich genutzt werde.

Es sei erst festgelegt worden, dass eine Mindestmiete von 5 Euro zu zahlen sei, welche auch nicht erstattet werde. Wenn, dann müsse man die Sportförderrichtlinien ändern und den Betrag miteinbringen.

Herr Mundt

. informiert, dass der Stadtsportbund gegründet worden sei, um die Verwaltung etwas näher zu haben. Zusätzlich käme der Kreissportbund, der nicht in der Sportrichtlinie verankert sei.

Frau Socher

. erläutert, dass es darum ginge, Personal und Geld zu sparen. Das bedeute, dass eventuell in Greifswald die Hauptgeschäftsstelle und in Pasewalk eine Nebengeschäftsstelle errichtet werde. Oder es solle in Anklam eine Geschäftsstelle entstehen. Jedoch seien in Greifswald vom Kreissportbund viele wichtige Dinge organisiert worden, wodurch es positiv wäre, die Hauptgeschäftsstelle in Greifswald zu errichten.

Herr Multhauf

. merkt an, dass ein Teil der Greifswalder, die Sportler und die Sportverwaltung erreichen möchte, dass der Sitz des Sportbundes in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei.

. geht davon aus, dass der wesentliche Teil in den Räumen stattfinde, die der Stadtsportbund bereits nutze. Es sei keine große Erweiterung der Räume nötig.

Der Oberbürgermeister

. schlägt vor, die Beratungsfolge um die Bürgerschaft am 16.02.2015 zu erweitern.

Herr Wille

. spricht sich gegen eine mietzinsfreie Überlassung aus. In anderen Bereichen sei es auch über eine Förderung geregelt worden. Zudem sei es nicht mit der Kommunalverfassung vereinbar, denn dort sei geregelt, dass eine Vermögensüberlassung, auch wenn sie nur zur Nutzung überlassen sei, angemessene Entgelte zu erbringen habe.

Die nächste Frage sei, ob der Landkreis dies fördere und ob es so wichtig sei, dass die Geschäftsstelle des Kreissportbundes in Greifswald sitze.

Herr Hochheim

. ergänzt, dass dann in der Sportförderrichtlinie für den Kreissportbund, falls es mehrheitlich gewollt sei, ein Erstattungsmodell angedacht werden müsse.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 16.02.2015 gesetzt.

TOP 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister hat folgende Mitteilungen:

- Richtigstellung eines Artikels der Ostseezeitung vom 30.01.2015: Die GREIF dürfe wegen eines nicht beschlossenen Wirtschaftsplanes nicht

- auslaufen. Dies stimmt nicht. Es gibt bei der GREIF eine vorläufige Haushaltsführung und Dinge, die gebucht oder geplant seien, würden auch stattfinden.
- Kandidaten für die OB –Wahl:
 - o Herr Hochheim
 - o Herr Dr. FassbinderEs gäbe einen dritten Kandidaten, Herrn Wieland, der seine Unterlagen jedoch noch nicht vollständig eingereicht habe. Er habe noch Zeit bis zum 12.02.2015 um 18:00 Uhr.
 - Kita-Immobilienübertragung
 - o Dazu wurden die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch beim Oberbürgermeister eingeladen.
 - o Dieses Thema werde in der Juni-Sitzung in der Bürgerschaft behandelt.
 - o Der Oberbürgermeister habe die Fraktionen gebeten, Personen zu benennen, die in dieser Arbeitsgruppe mitwirken wollen.
 - Beschlussfassung zur Errichtung eines Zentrums für Life Science und Plasmatechnologie in Greifswald
 - o Dieser Beschluss sei nach Schwerin geschickt worden und dort am 23.12.2015 eingegangen.
 - Schreiben von der Staatskanzlei M-V, Städtepartnerschaft
 - o Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern habe die Leningrader Oblast als Partnerregion.
 - o Man fragt an, ob es möglicherweise gewollt sei, eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Wyborg einzugehen.
 - o In Wyborg beginnt die Erdgasleitung und endet in Lubmin.
 - Bitte um Vorschläge von Personen für die Ehrungen beim Stadtempfang (Silberner Greif und Eintragung in das Ehrenbuch)
 - o Der Stadtempfang werde am 18.05.2015 sein.
 - 70. Jahrestages der kampflosen Übergabe von Greifswald an die Rote Armee
 - o 30.04.2015
 - o Die Stadtverwaltung sei dabei, das Buch „Die Retter Greifswalds“ auf den Weg zu bringen.
 - Die Stelle des Abteilungsleiters Feuerwehr wird besetzt.

Herr Hochheim

- Lärmaktionsplan
 - o Es betreffe den Zweirichtungsverkehr in der Goethe-Straße. Dieser entstehe nur, um in der Stephanie-Straße und in der Langen Reihe eine Lärminderung zu erreichen. Die Bewohner der Goethe-Straße hätten sich nicht gerade begeistert zu dem Vorschlag geäußert. Es sei nach einer Alternative gesucht worden, die dem Lärmaktionsplan Rechnung trage. Es werde vorgeschlagen, in dem Bereich, der von der Lärminderung profitieren solle (Stephanie-Straße und Lange Reihe) lärmindernden Asphalt einzubauen. Dieser Test sei für 2016 geplant. Es würde vor und nach dem Einbau eine Messung erfolgen.
- Busse fahren wieder über den Markt
 - o Die Taxiunternehmen hätten sich darüber beklagt, dass sie nicht über den Markt fahren dürften. Die Taxifahrer beanspruchen eine Gleichstellung mit dem ÖPNV. Man müsste darüber nachdenken, ob und welche Möglichkeiten man schaffen möchte und ob sie den Poller bedienen könnten. Andererseits könnte es dann wieder Personen geben, die den Taxis folgen wollen und dadurch wieder

- Probleme mit dem Poller entstehen.
- Außerdem stelle der Markt und die davor liegende Straße eine Fußgängerzone dar. Dort solle es so wenig Verkehr wie möglich geben.
- Daher schlage die Verwaltung vor, Taxiüberfahrten über die Bachstraße nicht zu zustimmen und die Marktquerung nur dem ÖPNV zu ermöglichen.
- Es werde ebenfalls darüber nachgedacht, in der Knopfstraße einen Poller einzubauen, sodass die Nordseite des Marktes geschlossen sei. Dort sei allerdings nur ein durch einen Schlüssel bedienbarer Poller vorgesehen.
- Herr Hochheim fragt, ob es gegenteilige Auffassungen gebe. Dies ist nicht der Fall.

Vortrag von Herrn Reif-Dietzel zum Thema „Kombiniert mobil - Verkehrsmittel vernetzen“

(Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt)

TOP 7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Herr Multhauf

. fragt, ob der Oberbürgermeister für die Vergabe des Rubenow-Preises keine Personen vorgeschlagen haben wolle und wer entscheide, welche Person geehrt werde.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass diese Personen von der Präsidentin der Bürgerschaft, dem 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, dem 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters und ihm selbst ausgewählt werden würden.

Herr Multhauf

. kritisiert, dass die seit langem geplante Broschüre zum 70. Jahrestag der kampflösen Übergabe an die Rote Armee immer noch nicht fertig sei.

. schlägt vor, mit der Universität zusammen am 30.04.2015 oder am 08.05.2015 etwas zu planen.

. fragt, ob man bereits ein Feedback von Schwerin bezüglich des Haushaltes erhalten habe.

. berichtet zum Thema AG Willkommenskultur. Die Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt habe mit Herrn Adomeit gesprochen. Es hätten sich Bürger an die Ortsteilvertretung gewandt, die nicht wollen, dass neben ihnen Asylbewerber oder Flüchtlinge einquartiert werden, ohne jegliche, vorherige Benachrichtigung. Er fragt, wo sich die vorgesehenen geplanten Wohnungen befänden.

Der Oberbürgermeister

. berichtet, dass man mit dem Kreis in intensiven Diskussionen über die Unterkunft der Asylbewerber/Flüchtlinge sei. Die städtischen Möglichkeiten würden sich sehr stark auf die WVG mbH begrenzen.

Herr Multhauf geht des Weiteren auf folgende Themen ein:

- Absicherung der behindertengerechten Zugänge zu den Wahllokalen
- Briefwahlmöglichkeiten
- 200. Jahrestag, seitdem die Stadt preußisch geworden ist
- Holzmodelle
- Behindertentoiletten in jedem Stadtteil
- öffentliche Toilette am Busbahnhof Süd

- Veröffentlichung des Nutzungsvertrages mit dem Museumshafen e.V.
- Verkauf Gustebiner Wende -> ist erfolgt

Frau Heide verlässt die Sitzung.

Herr Kruse

. fragt, wann die Wiecker Brücke in Angriff genommen werde.

Herr Hochheim

. erklärt, dass ein genauer Beginn nicht bekannt, jedoch das Ende der Maßnahme vertraglich vereinbart sei. Es werde auf den Bauzeitenplan gewartet.

Herr Rodatos

. weist darauf hin, dass bereits Verbindungen zwischen der Ernst-Moritz-Arndt-Universität und St. Petersburg bestehen.

. fragt, ob es beim alten Lärmaktionsplan, in dem die Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert werden sollte, Abwägungen zwischen dem Einsatz von lärmindernden Asphalt und der Geschwindigkeitsreduzierung gegeben habe.

Herr Hochheim

. antwortet, dass in der Stephanie-Straße und in der Langen Reihe die Asphaltdecke ohnehin in 2016 zu erneuern sei. Es würden vorher und nachher jedoch Messungen vorgenommen werden. Falls es bei der Asphaltdecke nicht zu einer Lärminderung kommen sollte, müsste man über eine zusätzliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nachdenken.

Herr Dr. Kerath

. berichtet, dass darüber diskutiert worden sei, ob der zu Ehrende seinen Wohnsitz in Greifswald haben müsse oder nicht. Man habe sich dafür entschieden, diese ungeschriebene Regel (Wohnsitz in Greifswald) einzuhalten.

. weist darauf hin, dass man diesen Zusatz dann schon in der Ausschreibung festhalten solle.

Frau Socher

. nimmt die Angelegenheit auf die Tagesordnung für das erweiterte Präsidium.

Herr Dr. Kerath

. erklärt, dass es im Landkreis Vorpommern-Greifswald eine Beschlussvorlage zur Erwin-Fischer-Schule hinsichtlich der Finanzierung des Kreises gebe. Dazu solle es einen Brief von Herrn Hochheim geben.

. fragt, ob der Brief existiere und warum nicht vorher entsprechend informiert worden sei.

Herr Hochheim

. erklärt, dass er eine E-Mail an Herrn Gutgesell geschrieben habe, als Erwiderung auf einen Entwurf einer Beschlussvorlage. Er habe nicht erwartet, dass diese E-Mail im Ausschuss verteilt werde.

Grundsätzlich sei das Projekt der Fischer-Schule unter der Maßgabe vorgestellt worden, das Altgebäude der Fischer-Schule abzutragen und die Außenanlage entsprechend herrichten zu wollen. Die Rückübertragung der Schulträgerschaft sei mit dem Landkreis unter der Maßgabe vereinbart worden, dass der daraus resultierende Aufwand, vom Landkreis getragen werde. Wenn ein Schulneubau dazu führe, dass ein anderes Objekt gegebenenfalls nicht mehr notwendig sei und daher abgetragen werden müsse, zähle es ebenfalls zu dem Aufwand, den grundsätzlich der Landkreis zu tragen habe.

Über die weitere Verwendung der Schule bestehe noch keine Klarheit.

Im Grundschulbereich werde der entstehende Mehrbedarf abgedeckt. In den folgenden Jahren werde jedoch das Problem entstehen, die im weiterführenden Bereich zu beschulenden Kinder unterzubringen.

Herr Dr. Kerath

. fasst zusammen, dass es hier um das finanzielle Engagement des Landkreises Vorpommern-Greifswald gehe; ebenso um die mögliche Nachnutzung am Standort.

Herr Hochheim

. erklärt, dass in nächster Zeit noch einige Schulen zu sanieren seien, wodurch zu überlegen sei, ob man dafür eine dauerhafte Lösung finden könne.

Herr Multhauf

. geht erneut auf die Ehrungen ein.
. erklärt, dass es für dieses Jahr nicht mehr relevant sei, wo der Wohnort sei, da die Ausschreibungen bereits erfolgt seien.
. spricht sich gegen diese Regelung aus, nur Personen mit dem Wohnort Greifswald zu ehren, da es darum gehe, wer was für Greifswald getan habe.

TOP 8. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher macht folgende Mitteilungen:

- Die Tagesordnung für das erweiterte Präsidium am 13.02.2015 sei sehr umfangreich.
- Erinnerung an Rückmeldungen zum bürgerschaftlichen Jahresauftakt
- 09.02.2015 Gesprächsrunde zur „Greif“
- 26.02.2015 Gesprächsforum zum Thema „Menschen in Greifswald mit Migrationshintergrund“ -> Vorbereitungsrunde dazu am 11.02.2015
- Ende Mai 25. Jahrestag der Bürgerschaft
- 70 Jahre kampflose Übergabe
- Bürgerschaftsprotokoll sei heute verschickt worden

TOP 9. Schluss der Sitzung

Der Oberbürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:05 Uhr.

für das Protokoll

Dr. Arthur König
Oberbürgermeister

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst Hauptausschuss

Anlagen:
Präsentation zur Initiative „Kombiniert Mobil – Verkehrsmittel vernetzen“